

1 2013

news

Rainer Sturm/pixelio.de

**Das Thema 1**

Über den erfolgreichen Ostermarsch in Bruchköbel OHNE Nazis

**Landkreise 2**

Berichte aus den Landkreisen. Was passiert gewerkschaftlich in deinem Landkreis und wie kannst du mitmachen.

**DGB Jugend 4**

Infos zu den Aktivitäten der DGB Jugend in der Region.

## Ostermarsch 2013 in Bruchköbel

### Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Über 300 Kriegsgegnerinnen und Antifaschisten versammelten sich am Karfreitag in Bruchköbel zum Auftakt der hessischen Ostermärsche.

Das Motto war dabei mit bedacht gewählt. Seit einigen Jahren versuchen – letztes Jahr leider erfolgreich – Jungnazis den Ostermarsch durch ihre Beteiligung ad absurdum zu führen. Für uns als Veranstalter und selbstverständlich für alle anderen Teilnehmer ist klar, dass eine Friedenspolitische Grundhaltung nicht mit faschistischer Ideologie vereinbar ist. Im Gegenteil trägt der Faschismus den Krieg in sich. Daher war eine Beteiligung von Nazis an unserem Ostermarsch nicht zumutbar.

Alle Versuche in den Vorjahren dies zu verhindern sind gescheitert. Im Kooperationsgespräch mit der Polizei zeichnete sich ab, dass diese auch in diesem Jahr die Teilnahme der Nazis an unserer Kundgebung ermöglichen

werde. Sämtliche Einwände von uns wurden mit Verweis auf das Versammlungsrecht abgelehnt. Nichtsdestotrotz haben wir auch über den Rechtsweg – leider erfolglos – versucht, ein anderes polizeiliches Handeln zu erreichen. (siehe „Recht so?“ auf S. 4)

Viel wichtiger war jedoch die „Antwort auf dem Platz“.

Der Freie Platz in Bruchköbel war gut gefüllt. Die Polizei war mit großem Aufgebot vor Ort, um ihrer Ankündigung Nachdruck zu verleihen. Obwohl rund zwanzig Nazis in Bruchköbel gesichtet wurden traute sich keiner von ihnen auch nur in die Nähe des Platzes und unsere Kundgebung blieb ungestört. Redebeiträge von Christine Buchholz (MdB DIE LINKE), Arno Enzmann (DGB), Nadide Aydin (DIDF) und Hans Christoph Stoodt (ANK Frankfurt) beleuchteten aus verschiedenen Blickwinkeln den Zusammenhang von Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg und fanden Beifall. Auch die anschließende Demonstration zur

„Dicken Eiche“ verlief ruhig.

Der erfolgreiche Verlauf ist dabei ausschließlich dem entschlossen Auftreten aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu verdanken. Nicht nur im Vorfeld sondern auch während der Veranstaltung wurde keine Zweifel daran gelassen, dass wir die Nazis nicht dulden werden!



**An dieser Stelle daher noch mal eine großes Dankeschön an alle, die es möglich gemacht haben:**

**Ein Ostermarsch ohne Nazis!**

# Landkreise

## Main-Kinzig

**Armut ist kein Randproblem – auch in Hessen ist jeder siebte gefährdet: DGB Main-Kinzig lädt zur Podiumsdiskussion**

Der DGB Main-Kinzig warf am 26. März einen gewerkschaftlichen Blick auf die Sozialberichte. Dazu diskutierten im Main-Kinzig-Forum in Gelnhausen der Erste Kreisbeigeordnete Dr. André Kavai die DGB-Sozialexpertin Brigitte Baki.



Gerade im ländlichen Raum ist es dem DGB-Südosthessen wichtig in die Fläche zu gehen. Und so diskutierten auf Einladung des DGB im Main-Kinzig Kreis in Gelnhausen Brigitte Baki und Dr. Andre Kavai zum Thema "Der Wohlstand wächst, die Armut auch": Ein Blick auf Hessen und den Main-Kinzig-Kreis. Einigkeit herrschte darüber über den unzumutbaren Zustand, dass der Steuerzahler für Billiglöhne aufkommen und prekäre Arbeitsverhältnisse mit Steuergeldern subventioniert werden. Der DGB wird bei den kommenden Wahlen insbesondere die Schaffung von guter Arbeit und eine gerechte Steuerpolitik in den Vordergrund stellen. Davon profitieren auch die Kommunen, stellte Brigitte Baki

fest. Die zahlreich erschienen Kolleginnen und Kollegen sorgten darüber hinaus für eine gute Diskussion.

## Fulda

**Altersarmut muss nicht sein!**

Unter diesem Motto diskutierte das Ostthessische Bündnis gegen Altersarmut - in welchem auch der DGB Fulda Mitglied ist - am 07. März in Fulda mit VertreterInnen der Bundestagsfraktionen. Der Podiumsdiskussion stellten sich MdB der Partei DIE LINKE Sabine Leidig, MdB von Bündnis 90/Die Grünen Wolfgang Strengmann sowie die Bundestagskandidatin für die SPD in Fulda Birgit Kömpel.

Als Referent fungierte Tobias Weissert. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von der freien Journalistin Ina Rumpf.

Die 100 Interessierten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Fulda, wurden durch Michael Schmidt von der KAB begrüßt.

Tobias Weissert stellte in seinem Referat klar: „fast jeder zweite Beschäftigte in Deutschland geht vorzeitig in Rente.“

Im Schnitt fiel bei diesen Frührentnern im Jahr 2010 die Rente um monatlich 113 Euro geringer aus, wie aus Zahlen der Deutschen Rentenversicherung hervorgeht.

Der DGB und der Sozialverband VdK warnten vor zunehmender Altersarmut auch durch die Rente mit 67. Schon mit 50 ist es schwer, einen neuen Job zu finden. Wer soll denn da bitte bis 67 arbeiten?

Die Reallöhne in Deutschland fielen im Zeitraum 2000 bis 2009 um 4,5%. Ganz besonders waren die Arbeitenden des unteren Drittels der Lohnskala von dieser negativen Entwick-

lung betroffen. Inzwischen verdienen 1,4 Millionen der Vollzeitbeschäftigten so wenig, dass ihr Lohn durch Hartz IV aufgestockt werden muss. Acht Millionen der ArbeitnehmerInnen arbeiten für einen Lohn unter 9,15 € pro Stunde und fünf Millionen haben Arbeitsverträge unter 400 €. „Das ist ein Skandal und der Altersarmut sind Tür und Tor geöffnet“, so Weissert.

In der Diskussion geißelte Kollegin Leidig die Politik der Agenda 2010. Die Linke bekennt sich klar zu einer Mindestrente von 900 € Netto. Hier sollen auch die Versicherten und Beitragsjahre keine Rolle spielen. Weiterhin forderte sie die Rücknahme der Ausdehnung der Rente auf 67. Ohne Abschläge soll in Rente gehen können, wer 40 Beitragsjahre geleistet hat.

Strengmann-Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen ist für einen radikalen Systemwechsel. Die Grünen möchten die Bürgerrente in Anlehnung an das schweizerische oder schwedische Modell. Danach sollen alle BürgerInnen mit allen Einkommensbestandteilen in die Rentenkasse einzahlen. Er verteidigte nochmals die Deckelung des Beitragssatzes von 22% bis 2030.

Kollegin Kömpel von der SPD stellte klar das mit der Agenda 2010 Fehler gemacht wurden, die nicht gleich zu erkennen waren. Man solle aber den Mut haben diese zu benennen und auch zu verändern. Sie erläuterte das zum Parteitag beschlossene Rentenprogramm. Das Renteneintrittsalter mit 67 werde nicht grundsätzlich in Frage gestellt, die Standartrente soll ein auskömmliches Leben ermöglichen, die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente sollen abgeschafft werden, Anrechnungszeiten bei Erziehung und häuslicher Pflege sollen erweitert werden.

Über eine Steuerfinanzierung soll das ganze finanziert werden. Hier waren sich alle einig, egal ob über eine

# Landkreise

Reichen-, Erbschafts-, oder Vermögenssteuer finanziert. Anschließend fand eine lebhafte Diskussion statt.

Fazit: „Altersarmut kann verhindert werden, wenn die politischen Instrumente richtig eingesetzt werden. „Gute Arbeit“ ist eine der Voraussetzung, um gut in Rente gehen zu können. Wir brauchen einen Generationsvertrag als Grundlage einer solidarischen Alterssicherung. Auch sollte über eine neue Erwerbstätigenversicherung bzw. Bürgerversicherung nachgedacht werden.

## Offenbach (Stadt und Land)

### Ver.di Frauen luden zum Weltfrauentag am 8. März in das neue Haus der Gewerkschaften in Offenbach

Mit einer selbst gestalteten Fotoausstellung der Gewerkschaftsfrauen wurden am 8. März in einem Themenrundgang Aspekte der Gleichstellungspolitik in der Lebenslaufperspektive dargestellt.



Was bedeuten z.B. Minijobs für die Beschäftigungssituation für Frauen

und welche Auswirkungen haben sie im Lebensverlauf?

Die Veranstaltung wurde mit einem Vortrag der Konzeptkünstlerin und Schriftstellerin Parastou Forouhar abgerundet.

Am 9. März konnten die Gewerkschafterinnen mit einer Straßenaktion in der Offenbacher Innenstadt ihren Forderungen noch einmal Öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck bringen. Der internationale Frauentag hat dank dem Engagement der Gewerkschaftsfrauen mittlerweile gute Tradition in Offenbach.

## Wetterau

### Erfolgreicher Xenos-Projekttag für Integration und Vielfalt

Gemeinsam mit der antifaschistischen Bildungsinitiative, das Lokale Aktionsbündnis Mittlere Wetterau, das Internationale Zentrum Friedberg und mehrere Schulen nahm der DGB Kreisverband im Wetteraukreis mit einer eigenen Ausstellung an dem Xenos-Projekttag in Friedberg teil.

Über 250 Schülerinnen und Schüler brachten sich mit eigenen Beiträgen selbst ein und machten sich ein Bild über die Verbrechen der Nazis in der Vergangenheit und die gegenwärtige Gefahr, die von rassistischen Gruppen und Rechtsextremisten mit ihrem faschistischen Gedankengut ausgeht. Mit der Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen, konnte der DGB nicht nur einen eigenen Beitrag leisten, sondern auch in Gesprächen mit der Schülerschaft und Lehrern Kontakte und Netzwerke für die weitere Zusammenarbeit in diesem Bereich knüpfen.

## Termine

### Main-Kinzig

#### 1. Mai in Hanau

Kundgebung | 01.05.2013 | 10:00 Uhr | Altstädter Markt, Goldschmiedehaus | Hanau

#### „Verschleiert – Geschreddert – Gelöscht“: NSU Morde

Diskussion | 07.05.2013 | 18:00 Uhr | Johanneskirche, Johannes-Kirchplatz | Hanau

### Fulda

#### 1. Mai in Fulda

Kundgebung | 01.05.2013 | 11:00 Uhr | Bahnhofsvorplatz | Fulda

### Offenbach

#### „...doch besser wird´s mir nicht!“

Kultur/Satire | 25.04.2013 | 19:00 Uhr | Gaststätte Differenz, Vordergasse 77 | Rodgau-Jügesheim

#### „Wirtschaften für das Gemeinwohl oder grenzenlose Gier?“

Diskussion | 29.04.2013 | 19:00 Uhr | vhs, Berliner Straße 77 | Offenbach

#### 1. Mai in Offenbach

Demo | 01.05.2013 | 10:00 Uhr | Wilhelmsplatz | Offenbach

### Wetterau

#### 1. Mai in Karben

Kundgebung | 01.05.2013 | 10:00 Uhr | Naturfreundehaus | Karben (Okarben)

#### 1. Mai in Wölfersheim

Kundgebung | 01.05.2013 | 10:00 Uhr | Wetterauhalle | Wölfersheim

# Jugend

## DGB Jugend

### Aktive der Gewerkschaftsjugend in Süd- und Südosthessen bereiten sich auf die Bezirksjugendkonferenz des DGB vor

Am 26. März haben sich in Frankfurt 25 Jugendliche in einem Aktiventreffen auf die kommende Bezirksjugendkonferenz der DGB-Jugend Hessen-Thüringen vorbereitet.

Im Mittelpunkt des Treffens standen ein Rückblick auf die Aktionen der Gewerkschaftsjugend der vergangenen vier Jahre, die Diskussion von Anträgen und die Benennung der Delegierten. „Ein Antrag der Ver.di-Jugend aus Südhessen beschäftigt sich insbesondere mit der Forderung zur Abschaffung der Landesämter für Verfassungsschutz“, berichtet Sascha Schmidt, Jugendbildungsreferent der DGB Jugend in Südhessen.



„Die Verwicklungen der Geheimdienste in die Morde des sogenannten NSU bestätigen unsere Kritik an den Strukturen und Aufgaben der Verfassungsschutzämter.“, so Schmidt weiter.

Weitere Anträge befassen sich mit der Forderung der Abschaffung der Leiharbeit und einer Kampagne zur Diskussion über die 30-Stunden-Woche. „Mit diesen Anträgen beweist die DGB-Jugend, dass sie sich auf der Höhe der gegenwärtigen Diskussionen in unserer Gesellschaft befindet“ sagt dazu Tobias Huth, Jugendbildungsreferent der DGB Jugend in Südosthessen. „Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt, dass die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben im vergangenen Jahrzehnt zulasten der der abhängig Beschäftigten und insbesondere der jungen Generation gegangen ist.

Deshalb ist es Zeit, dass wir über neue Arbeitszeitmodelle diskutieren die allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht“, so Huth weiter.

Zum Abschluss des Treffens riefen die jungen Gewerkschafter\_innen alle Menschen auf, am 01. Mai gegen die geplante Kundgebung der faschistischen NPD in Frankfurt auf die Straße zu gehen.

Für Nachfragen stehen Sascha Schmidt ([sascha.schmidt@dgb.de](mailto:sascha.schmidt@dgb.de)) und Tobias Huth ([tobias.huth@dgb.de](mailto:tobias.huth@dgb.de)) gern zur Verfügung.

## § Recht so?

Um die Teilnahme von Nazis an unserem Ostermarsch in Bruchköbel zu verhindern, haben wir einen Eilantrag nach § 123 VwGO vor dem VG Frankfurt gestellt, mit dem Ziel, die Polizei zumindest zu einer Ermessungsentscheidung i.R.d. § 18 III VersammIG – führt man die Nazis auf die Kundgebung oder nicht – zu zwingen. Dies hatten sie beim Kooperationsgespräch abgelehnt.

Das VG lehnte unseren Antrag ab (5L1646/13.F). U.a. mit der Begründung, dass allein die bloße Anwesenheit von Personen mit rechtsradikaler Gesinnung keine gröbliche Störung der Ordnung der Versammlung darstelle. Dies hätte das VG auch anders Entscheiden können!

Eine gröbliche Störung liegt nämlich immer dann vor, wenn durch das Störverhalten der ordnungsgemäße Ablauf der Versammlung in Frage gestellt ist, wobei es bei dieser Beurteilung auch auf die Eigenart der jeweiligen Versammlung ankommt. Danach liegt eine gröbliche Störung vor, wenn die Beeinträchtigung der Versammlung so schwerwiegend ist, dass nur die Beseitigung der Störung als Alternative zur Unterbrechung oder Auflösung der Versammlung bleibt.

Die Teilnahme von Mitgliedern oder Anhängern der JN an unserer Demonstration, die sich ausdrücklich auf den Antifaschismus der Überlebenden des Holocaust bezieht, ist eine beabsichtigte Provokation. Und zwar eine solche Provokation, die sich inhaltlich direkt gegen die Eigenart des Ostermarsches richtet und wir so nicht hinnehmen können!

Die richtige Antwort auf dieses Urteil folgte am Ostermarsch selbst...